

Allianz Bahnausbau

ZKöV (Zentralschweizer
Konferenz d. öffentl. Verkehrs)
KöV Zürich
KöV Ostschweiz

Medienkonferenz FABI: Referat Regierungsrat Ernst Stocker

Zürich, 3. Mai 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Medienschaaffende

Einen ungewöhnlichen Ort haben wir für die heutige Medienkonferenz ausgewählt. Von hier oben bietet sich uns ein einzigartiger Blick weit über die Stadt Zürich hinaus bis zu den Glarner Alpen, in die Zentralschweiz und Richtung Ostschweiz. Welchen besseren Ort hätte ich meinen Regierungskollegen aus der Zentral-, der Ostschweiz und dem Aargau für eine Medienkonferenz vorschlagen können? Dass wir Ihnen hier auf der 34. Etage des Prime Towers unsere Allianz für den Bahnausbau der Zentral- und Ostschweiz sowie Zürich und dem Aargau vorstellen möchten, hat einen gewichtigen Grund: FABI – die vier Buchstaben stehen für Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur – hat mit seinem strategischen Entwicklungsprogramm STEP lange Planungshorizonte. Da ist Weitsicht gefragt, damit das Bahnangebot in richtigen Schritten, nachfragegerecht weiter ausgebaut werden kann. Und diese Weitsicht könnte nicht schöner symbolisiert werden als von hier oben.

Die FABI-Vorlage ist für den öffentlichen Verkehr ein Meilenstein. Insbesondere der neue Bahninfrastrukturfonds ist zu begrüßen. Damit wird die Finanzierung des öffentlichen Verkehrs schweizweit langfristig gesichert.

FABI ist aber nicht nur eine Finanzierungsvorlage, sondern auch eine Vorlage für den weiteren Ausbau der Bahninfrastruktur. Konkret wird das Parlament voraussichtlich in der Herbstsession über einen ersten Ausbauschritt mit Zeithorizont 2025 diskutieren. Der Bundesrat hat konkrete Vorstellungen, wie dieser Ausbauschritt aussieht: Er will 3,5 Milliarden Franken investieren. Gerade mal ein Sechstel dieser Mittel sollen den Regionen Zentral-, Ostschweiz, Aargau und Zürich zu Gute kommen. Immerhin ist der Ausbau der Strecke Zürich-Sargans-Chur auf den Halbstundentakt vorgesehen. Diesen Ausbau mit der Anbindung des Rheintals begrüßen wir. Er muss rasch erfolgen.

Fast 90 Prozent der Mittel sollen allerdings in Ausbauten in den Räumen Bern, Basel, Genf, Lausanne und Tessin fließen. Wir bestreiten nicht, dass andere Regionen berechnete Ausbaubedürfnisse haben. Allerdings kann es nicht sein, dass unsere Region, einwohnermässig immerhin die halbe Schweiz – fast leer ausgeht. Das würde einem Angebots-Moratorium für die Grossregion Zürich inklusive der Ost- und Zentralschweiz für die nächsten 15 bis 20 Jahre gleichkommen! Deshalb setzen wir uns für mehr Mittel im Ausbauschritt 2025 ein. Allerdings unterstützen wir nicht das Erweiterungspaket des VöV, das übrigens auch in der Botschaft des Bundesrates erwähnt ist. Denn damit wird die Situation nur noch schlimmer. Die zusätzlichen 2,5 Milliarden Franken sollen fast ausschliesslich ausserhalb unserer Region investiert werden.

Ich weiss, dass es Stimmen gibt, die sagen, unsere Regionen würden von ZEB übermässig profitieren und jetzt seien endlich die anderen an der Reihe. Diese Aussage ist aber Augenwischerei. Wir haben uns die VöV-Broschüre genau angeschaut. Wenn man die Projekte inkl. ZEB und STEP-Erweiterungspaket auf die Regionen aufteilt, dann erhalten wir lediglich einen knappen Fünftel der Mittel. Der VöV hat im Übrigen zu einem Trick gegriffen, um das Bild zu unseren Ungunsten zu „verschönern“: Er hat den Eppenbergtunnel der Region Aargau-Zürich-Ostschweiz zugeteilt, obwohl dieser im Kanton Solothurn liegt und

demnach zum Mittelland gehört. Auf der eingeblendeten Grafik haben wir dies korrigiert und sämtliche Mittel gemäss FABI-Botschaft korrekt den Regionen zugeteilt. Und damit auch dieses Argument von Anfang an der Welt geschaffen ist: Auch aus dem Infrastrukturfonds wurden wir nicht übermässig bedient. Der Bund „missbrauchte“ vielmehr den Infrastrukturfonds, um die sich abzeichnende Finanzierungslücke bei der DML zu stopfen.

Meine Kollegen und ich fordern also, dass die Zentral-, die Ostschweiz, Zürich und Aargau im Ausbauschritt 2025 besser berücksichtigt werden. Dafür haben wir uns zu einer grossen Allianz zusammengeschlossen. 15 Kantone stehen hinter den gemeinsam definierten Kernanliegen. Diese Kernanliegen zu definieren, war allerdings keine leichte Sache. Sie sehen hier eine lange Liste mit Projekten, die aus Sicht der einzelnen Regionen dringlich sind. Darunter sind prominente Beispiele wie der Tiefbahnhof Luzern, der Bahnhof Stadelhofen oder Ausbauten am St. Gallischen Obersee. Meine Kollegen und ich sind uns aber bewusst, dass auch wir nicht alles auf einmal haben können. Eine Priorisierung ist unumgänglich. Und in diesem Punkt sind wir uns einig: Prioritär sind die Engpässe zwischen St. Gallen und Zürich und zwischen Zürich, Zug und Luzern sowie zwischen Zürich und Aarau. Es wäre aber falsch, nur an den nächsten Ausbauschritt zu denken. Bei den langen Planungszeiten von Bahnprojekten müssen wir die nötige Weitsicht einnehmen. Deshalb fordern wir, dass die Dringlichkeitsbewertung des Bundes überprüft und über 2030 hinaus für die Planung weiterer Ausbauschritte aktualisiert wird. Gestützt darauf müssen dann für die Planung und Projektierung der nächsten Etappen genügend Mittel im Ausbauschritt 2025 reserviert werden.

Für den Ausbauschritt 2025 und folglich auch für die bevorstehende Parlamentsdebatte haben wir uns innerhalb der Allianz aber auf die folgenden drei Kernanliegen geeinigt:

1. Die dringendsten Angebotsverbesserungen für die Zentral-, Ostschweiz und Zürich müssen in den Ausbauschritt 2025 aufgenommen werden. Ich spreche vom Brüttenertunnel und vom Zimmerberg-Basistunnel II. Auch die Neubaustrecke Chestenberg ist rasch zu realisieren. Und zwar nicht über STEP, sondern über ZEB, wie dies vom Parlament vor noch nicht allzu langer Zeit beschlossen wurde.
2. Dafür muss der Ausbauschritt 2025 auf 6 Milliarden Franken erhöht werden. Das ergibt dann auch ein regionalpolitisch ausgewogeneres Bild.
3. Und drittens ist es uns weiterhin ein grosses Anliegen, dass die Kantone bei den regionalen Planungen das Heft nicht aus der Hand geben. Dafür braucht es eine Verankerung der Kantonskompetenzen auf Gesetzesstufe.

Ich übergebe nun das Wort an meinen Kollegen Regierungsrat Matthias Michel.